critica

Zeitung von dielinke.SDS
(Sozialistisch–Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 23 / 2019

Vernunft statt Raubtierkapitalismus

Eine demokratische Planwirtschaft kann die Menschheit retten **S.2–3**

Hochschule
Für ausfinanzierte und inklusive Bildung **S. 4–5**

Pflegenotstand
Widerstand ist nötig
S. 10-11

Kultur
Fußball, Hip-Hop, linke Kämpfe
S. 12-13

*Liebe*r Leser*in,*

für die Menschheit gilt nun: Sozialismus oder Aussterben. Wir nutzen darum etwas Papier und Tinte, um Missstände anzuprangern und progressive Alternativen vorzustellen. Anstelle der konkurrenzgetriebenen, profitfixierten Marktwirtschaft fordern wir eine demokratische und bedürfnisorientierte Planwirtschaft (S. 2/3). Um ihre technischen und sozialen Bedingungen zu erforschen, brauchen wir dringend ausfinanzierte und inklusive Hochschulen (S. 4/5).
Der Kapitalismus treibt die globale Klimakrise voran und Millionen Menschen in die Flucht. Statt den Wohlstand gerecht zu verteilen, werden zunehmend Einheimische und Migranten aufeinander gehetzt, sowie Ängste, Irrationalismus und Menschenhass geschürt (S. 6/7).
Weltweit führt und provoziert der Westen Krieg, aktuell gegen den Iran, und empört sich scheinheilig über die Korruption in der sogenannten Dritten Welt, anstatt vor der eigenen Haustür zu kehren, zum Beispiel in Frankreich (S. 8/9). Oder in Deutschland, wo der Pflegenotstand der großen Mehrheit erheblich schadet – vor allem den Alten, Kranken, Frauen und Kindern (S. 10/11).
Viele Menschen mauern sich in Fiktionen ein. Die menschenfeindliche Realität erreicht sie sogar dort, zum Beispiel durch Rassismus im Fußball und Chauvinismus im Hiphop – doch Widerstand gibt es überall, auch in der Kunst (S. 12/13).
Der Renditehunger blockiert den Fortschritt, etwa auch im Verkehrswesen (S. 14). Wer einschreiten will, kann zum Frauen*kampftag oder Fridays for Future kommen, auf „LL“ für den Sozialismus demonstrieren oder gleich bei Die Linke.SDS mitmachen (S. 15).

Impressum
critica: Semesterzeitung von dielinke.SDS
Nr. 23/2019, Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin
Redaktion: Alexander Hummel, Anna Lindner, Benni R., Chris Ott, Dorian Tigges, Haleh Sahabi, Jere Nollenberger, Katharina Stierl, Leo Späth, Leon Brülke, Patrick G., Paul Georgi, Sebastian Chwala, Tabea Hartig, Yusuf K.
Layout: Maik Brückner, Pia Chwalczyk
Illustrationen: Pia Chwalczyk
Cover: Pia Chwalczyk
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2,
17034 Neubrandenburg
ViSdP: Kenja Felger,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen:
info@linke-sds.org
www.linke-sds.org

Von Gosplan zu Ökoplan?

Um das Klima zu retten, müssen wir über Planwirtschaft reden. Ein Debattenaufschlag von **Benni R.** und **Patrick G.**

Trotz zunehmender Umweltzerstörung und Ausbeutung von Arbeiter*innen stagniert die Wirtschaft – es deutet sich gar eine Rezession an. Der Kapitalismus bedarf zunehmender Ausbeutung seiner Reichtumsquellen für Profite. Da der geschaffene Reichtum sehr ungleich verteilt wird, kann sich die breite Masse vermehrt nützliche Waren kaum mehr leisten. Wie lassen sich also bei niedriger Nachfrage die Profite trotzdem steigern? Dumme Antwort: Die Kosten des Angebots senken – also Löhne drücken und Naturschäden jemand anderem überlassen.
Doch dieses Wachstum hat Grenzen: Viele Ressourcen sind endlich, und die erneuerbaren dürfen nicht stärker genutzt werden, als sie brauchen um sich zu regenerieren. Die Quittung bekommen sonst alle: Der Klimakrise entkommen selbst die Reichsten nicht.
Die Bundesregierung will dagegen eine CO2-Steuer erlassen. Die Rechnung dahinter: Wenn Emissionen teurer werden, lohnt sich Umweltverschmutzung nicht mehr. Doch wer keine Alternative hat, zahlt so bloß mehr – zum Beispiel Pendler vom Land, wo keine Bahn mehr fährt. Linke US-Demokrat*innen fordern einen „Green New Deal“, um Arbeitsbeschaffung und Umweltschutz zu verbinden. Staatliche Nachfrage für die Klimarettung soll einen umweltfreundlichen Kapitalismus schaffen.

Muss Wirtschaft auf diese Art wachsen?

Karl Marx sah das nicht so. In seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) wollte er die kapitalistische Konkurrenz ersetzen durch eine freie Assoziation der Produzenten, welche die Schöpfung und Nutzung des Reichtums demokratisch plant. Einen der ersten derartigen Versuche wagten die Bolschewiki nach 1917. Statt des freien Marktes sollten die Planungszentrale „GOSPLAN“ und volkseigene Betriebe entscheiden, was wann wo wie wozu erwirtschaftet wird.
Ihnen gelang die Industrialisierung eines rückständigen Agrarlandes, die Hebung von hunderten Millionen armer Menschen in bescheidenen Wohlstand mit grundlegender Gesundheitsversorgung, sowie ein gewaltiger Bildungs- und Kulturschub. Die UdSSR erholte sich vom Bürgerkrieg, überstand die Weltwirtschaftskrise, schlug die Nazis und hielt 45 Jahre Kaltem Krieg stand.

Probleme beim Aufbau

Doch als das Wachstum durch Neubewirtschaftung unerschlossener und verwüsteter Gebiete in den 50ern endete, kam es in Folge auf die produktivere Bewirtschaftung der vorhandenen Anlagen an. Bei steigender wirtschaftlicher Komplexität gab die Zentrale zunehmend inkohärente Vorgaben an die Betriebe, basierend auf mangel- und fehlerhaften Informationen über die Produktionsbedingungen. Weil diese möglichst viel Masse produzieren sollten, wurde die Qualität vernachlässigt. Produktinnovationen lohnten sich für den Einzelbetrieb kaum. Auch gab es wenig Arbeitsanreize – „zu gute Arbeit“ erhöhte die Arbeitsnorm. Die wegen Planungsschwierigkeiten schwankende Arbeitsintensität ermüdete. Ferner entmutigten das starre politische System und die mangelnden Gestaltungsmöglichkeiten die breite Masse – und hielten sie von der Teilnahme an besserer Planung ab! Fatal

Illustration: Pia Chwalczyk

War das schon fast der Star-Trek-Kommunismus? Skizze des „Cybersyn"-Kontrollraums in Chile, Anfang der 1970er Jahre.

wirkte letztlich das Wettrüsten, die Spionage und die westliche Dominanz auf dem Weltmarkt.
Die realsozialistischen Produkte wurden langlebig entworfen und bedarfs- statt profitorientiert produziert – z.B. das fast unkaputtbare „Superfestglas" aus der DDR. Naturschutz hatte seit 1968 Verfassungsrang und die Zentrale nahm ihn in die Planung mit auf. Doch nach der zweiten Ölkrise 1978 stellte die DDR ihre Stromversorgung wieder von Öl- auf Kohlekraftwerke um, damit das sowjetische Öl weiterverarbeitet im Westen verkauft werden konnte. Die Folgen waren schlimme Umwelt- und Gesundheitsschäden.

Volksrepublik Walmart

Würden die Einwände stimmen, dass Planwirtschaft wegen fehlender Marktmechanismen und Preissignale unmöglich sei, dann dürfte z.B. Walmart, dessen Wirtschaftsleistung so groß ist wie die Schwedens heute oder der UdSSR 1970, eigentlich nicht existieren. Denn Walmart, der weltweit umsatzstärkste Konzern und drittgrößte „Arbeitgeber", ist intern eine Planwirtschaft, so Phillips und Rozworski in „People´s Republic of Walmart" (2019). Neben aggressiver Preispolitik und Lohndumping basiert Walmarts Erfolg auf einem ausgeklügelten Logistik-Netzwerk aus Zulieferern, Warenhäusern und Filialen. Alle beteiligten Akteure kooperieren eng innerhalb der Lieferkette. Durch IT-Systeme zur Informationsverarbeitung und zentralen Planung kann Walmart Konsumveränderungen in Echtzeit erfassen und flexibel („just-in-time") Anpassungen vornehmen.
Amazons große Datensammlung ermöglicht gar Vorhersagen über künftiges Konsumverhalten. 2014 meldete das Unternehmen ein Patent für ein Vorbestellsystem an, das Waren in Gegenden transportiert, wo noch keine Bestellung eingegangen ist. Amazon setzt seine IT-Systeme aber auch dazu ein, seine Beschäftigten auszuspitzeln; unter Dauerbeschattung rennen Logistikarbeiter*innen auf diktierten Routen durch Lagerhallen.

Planwirtschaft morgen: Dezentral und demokratisch?

Zentrale Planung existiert und funktioniert heute schon im großen Maßstab, aber extrem undemokratisch, kapitalistisch und gegeneinander. Die heutigen Informationstechnologien erlauben uns, vergangene Ineffizienzen der realsozialistischen Staaten auszugleichen, aber es reicht nicht, Walmart und Co. einfach zu übernehmen. Damit die Herrschaft des Kapitals nicht durch Technokraten ersetzt wird, muss mit der Verstaatlichung der Wirtschaft eine umfassende Demokratisierung einhergehen. Die Sowjetbürokratie behinderte aus Angst um die Macht eine effiziente Datenverarbeitung, z.B. die Pläne des Informatikers Wiktor Gluschkow, ein dezentrales Computer-Netzwerk zur Automatisierung und Verbesserung der Planwirtschaft zu verwirklichen.
Als Vorbild könnte heute das Projekt „Cybersyn" dienen, das Anfang der 1970er in Chile betrieben wurde: Ein Echtzeit-Kommunikationsnetzwerk, das alle staatlichen Betriebe über Fernschreiber mit einem Großrechner der Planungsbehörde verband und Wirtschaftsaktivitäten präzise erfasste. Geplant wurde so zentral wie nötig und so dezentral wie möglich, koordiniert mit basisdemokratischen Rätestrukturen, welche die demokratische Kontrolle von unten ermöglichen sollten. Das Projekt wurde aber durch einen faschistischen Militärputsch 1973 zerschlagen und danach profitorientiert vermarktet.

Rettung der Menschheit

Wir können weder auf den Markt hoffen, noch können Milliarden von Menschen in Selbstversorgerkommunen leben. Eine globale demokratische Planwirtschaft ist keine Garantie für ökologisches Wirtschaften, aber die notwendige Bedingung. Sie gibt uns als Gesellschaft die Macht, die Produktion nach unseren Bedürfnissen und natürlichen Grenzen zu gestalten. Lasst uns dafür kämpfen! ★

Patrick G. und **Benni** R. studieren in Düsseldorf und Frankfurt/Main. Den Leitartikel hatten sie eigentlich nicht geplant, aber sie waren flexibel genug.

ANZEIGE

In Zeiten wie diesen:

Sozial gerecht.
Ökologisch konsequent.
Unbestechlich.
Antirassistisch.

Mitglied werden!

DIE LINKE.
www.die-linke.de

Mängel verwalten, zelebrieren oder bekämpfen?

Den Unterschied zwischen der „Exzellenzstrategie“ und wirklich exzellenten Hochschulen erklärt **Leo Späth**.

Leere Hörsäle sind leider die Ausnahme.

Mitte Juli: Während Studis im Prüfungsstress sind und Angestellte um die Verlängerung ihrer Einstellung bangen, verkündet die Bildungsministerin Karliczek (CDU) die Gewinner des Wettbewerbs um die „Exzellenzuniversität“. Was von Unirektoren und Presse gefeiert wird, hat auf die Realität der meisten Studierenden und Forschenden kaum Einfluss, geht am wirklichen Bedarf der Hochschulen vorbei und zeugt von einem fatalen Wissenschaftsverständnis.

Diktat der leeren Kassen

Ob beim Schreiben von Unibewerbungen oder der verzweifelten Suche nach freien Seminaren; die mangelnde Finanzierung der deutschen Hochschulen sticht tagtäglich ins Auge. Es fehlt an Geld für Studienplätze, Hörsäle und Tutorien. Das liegt zum einen an den geringen Bildungsausgaben - mit 4,8 % des BIP liegt die BRD nur im globalen Durchschnitt -, zum anderen an der Zuständigkeit für die Finanzierung. Im Zuge der Föderalismusreform 2006 beschloss die Große Koalition, dass der Bund nicht mehr zur Grundfinanzierung beitragen dürfe. Über viele Jahre war nun langfristige Unterstützung der Lehre nicht mehr möglich. Zwar wurden die strikten Regeln im Laufe der Zeit gelockert, doch auch Programme wie die „Hochschulpakte“ können die Finanzierungslücken nicht schließen. Problematisch ist auch die „Exzellenzstrategie“, bei der sich Hochschulen mit Forschungskonzepten, sogenannten Clustern, bewerben können. Die letzte Bewerbungsrunde war Ende 2018 zu Ende - 57 Anträge wurden bewilligt. Unter den besonders erfolgreichen Hochschulen wurden im Juli elf ausgewählt, die sich zusätzlich mit dem Titel „Exzellenzuniversität“ schmücken dürfen.

Der Großteil der über 200 staatlichen Hochschulen geht dabei leer aus, selbst für die „Gewinner“ reichen die ausbezahlten Fördersummen nicht aus. Nur ein Siebtel der durch die Exzellenzstrategie ausgezeichneten Cluster kommen aus dem geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich, dabei sind besonders diese Fächer von mangelnder Finanzierung betroffen. Auch bei der geographischen Verteilung gibt es Auffälligkeiten. Bloß eine der elf Exzellenzuniversitäten, die TU Dresden, befindet sich in Ostdeutschland. Dreißig Jahre nach der Wende kommt die Bundesrepublik auch in der Wissenschaft dem selbst gesteckten Ziel von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ nicht nach. Dabei wäre eine Unterstützung der Unis in den Ost-Bundesländern eine Möglichkeit, diesen einen weiteren Anschluss an den Westen zu ermöglichen. Auch Fachhochschulen befinden sich nicht unter den Exzellenzuniversitäten. Im Hochschulwesen wird damit zunehmend ein Zweiklassensystem manifestiert.

Folgen für Betroffene

Statt flächen- und fächerübergreifend gute Studien- und Forschungsbedingungen zu ermöglichen, betreibt die Politik reine Prestigeprojekte – mit gravierenden Folgen. Ein großer Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen ist in befristeten Verhältnissen gefangen und in vielen Fächern genügen die angebotenen Studienplätze nicht, um dem gesetzlich garantierten Recht auf freie Studien- und Berufswahl nachzukommen. Viele Hochschulen schließen ihre Finanzierungslücken durch Drittmittel aus der Privatwirtschaft. Wissenschaft, die eigentlich frei von Profitzwängen sein sollte, wird somit käuflich. Häufig sogar ohne, dass es die Beteiligten, etwa studentische Praktikant*innen, erfahren. Studienorte oder Fächer, die keine Verwertbarkeit für investierendes Kapital darstellen, geraten in Existenznot. Zusätzlich feuert der Leistungs- und Wettbewerbsgedanke, auch verbunden mit zunehmender Verschulung und Prüfungsrestriktionen, den Konkurrenzdruck zwischen Hochschulen und den Studierenden weiter an. Die Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen rückt immer mehr in den Vordergrund.

Geld ist genug da – Zeit, es uns zu holen

Was es aber dringend braucht, ist eine deutlich höhere Grundfinanzierung von Seiten des Bundes, die nach Kriterien wie Studierendenzahl und Fächerangebot an alle Hochschulen gleichberechtigt ausgezahlt wird. Hochschulen brauchen von allen Statusgruppen paritätisch besetze, demokratisch gewählte Gremien als Sprachrohr gegenüber der Politik. Drittmittel aus der Privatwirtschaft müssen zurückgefahren und im Falle von Rüstungskonzernen als Geldgebern strikt abgelehnt werden. Studierende und progressive Lehrende müssen auf die Straße gehen und dafür kämpfen, die Hochschulen von ihren ökonomischen Zwängen zu befreien, um kritische Wissenschaft zum Ausgangspunkt einer Alternative zum kapitalistischen System zu machen. Dies würde nicht nur Rektoren und Schlagzeilenschreibern nützen, sondern uns allen. Das wäre exzellent! ★

Leo Späth
studiert Mathematik in Heidelberg und ist dort seit 2017 im SDS aktiv.

Stress auf dem Lehrplan

Die Zahl junger Menschen mit psychischen Erkrankungen nimmt zu. Das ist kein Wunder, meint **Chris Ott**.

Ob durch Depressionen oder Panikattacken. Immer mehr junge Menschen leiden unter Stress. Schaut man sich an, wie Leistungsdruck und Anforderungen für Lernende steigen und wie die soziale Herkunft viele Kinder und Jugendliche einschränkt, verwundert dies nicht, es ist aber alarmierend.
Bereits im Kindergarten zählt es heute, sich zu beweisen und mit vielen Fähigkeiten zu glänzen. Und das Angebot steigt stetig: Englisch, Rechnen oder Physik steht auf dem Plan. Sicherlich steht es Eltern frei, diese Angebote anzunehmen. Doch die ständige Angst, das eigene Kind bliebe auf der Strecke, wenn es nicht möglichst früh beginnt, sich Kompetenzen anzueignen, bestimmt die Entscheidung vieler Eltern massiv.
Nach der Vorschule kommt die Einschulung. Doch kaum hat sich ein Kind an die Zeit in der Schule gewöhnt, Freunde und Vertrauen zu Lehrer*innen gefunden, folgt die Trennung. Anhand der Noten eines zehnjährigen Kindes entscheidet sich der weitere Lebensweg. Der Druck steigt, denn: wer kein Abitur hat, kann nicht studieren, keinen guten Job bekommen, gehört nicht zu den Guten. Die Einteilung von Heranwachsenden in Gut und Schlecht – allein ausgehend von der schulischen Leistung – ist bezeichnend.

Gute Bildung als Luxus

An der weiterführenden Schule angekommen wird das Lernklima nicht besser. Es mangelt an Personal, Arbeitsmaterialien und passender Einrichtung. Die Klassen sind oft zu voll; eine individuelle Förderung ist unmöglich. Schüler*innen sind dann oft auf private Nachhilfe angewiesen, um mit den Anforderungen noch mitzuhalten. Das Geschäft von Nachhilfe-Agenturen boomt. Wessen Eltern sich dies nicht leisten können, hat Pech gehabt. Denn der Staat finanziert den Bildungssektor nicht ausreichend. Die Verantwortung, Heranwachsende zu fördern, lädt er auf private Unternehmen ab, die aus Bildung ein Geschäft machen.
Doch gute Noten alleine reichen für die vollständige Eignung auf dem Arbeitsmarkt offenbar nicht aus. Es wächst das Gefühl, der persönliche Lebenslauf müsse bereits zur Schulzeit mit möglichst vielen Punkten und Stationen gefüllt sein. Außerschulisches Engagement ist gefordert: Musikschule, Chor, sportliche Betätigung. Dabei ist es zuerst einmal nichts schlechtes, wenn junge Menschen in ihrer Freizeit kulturell wertvolle Dinge erlernen – doch auch hier sind die finanziellen und sozialen Zugangshürden groß.

Auch an der Uni hört es nicht auf

Mehr als die Hälfte aller Abiturient*innen beginnt anschließend ein Studium, doch dieses bestehen lange nicht alle. Grund hierfür sind nicht zuletzt steigende Anforderungen, verbunden mit psychischer und physischer Belastung. In Zeiten des neoliberalen Studiums sind Konkurrenzkampf und Turbolernen an der Tagesordnung.
Das Bachelor-Master-System engt die Möglichkeiten der Bildung und Selbstbildung ein. Wer nicht in der Regelstudienzeit seine Universitätslaufbahn abschließt, muss in vielen Bundesländern mit zusätzlichen Strafgebühren rechnen. Wer auf BAföG angewiesen ist, hat oft keine andere Wahl, als so schnell wie möglich mit dem Studium fertig zu werden. Vorher soll im besten Fall noch ein Erasmus-Semester absolviert werden. Das erhöht das Ansehen.
Hinzu kommen neben dem Leistungsdruck noch die hohen Lebenshaltungskosten in vielen Städten. Das Deutsche Studentenwerk ermittelte, dass 68% aller Studierenden einen Nebenjob haben – oftmals trotz BAföG.
Und auch die Wahl des Faches ist für viele eine lange Überlegung, verbunden mit Ängsten. Wer ein geisteswissenschaftliches Studium beginnt, darf schon zu Beginn seiner Zeit an der Uni belächelt und als zukünftig arbeitslos abgestempelt werden.
Dieser Zustand ist besorgniserregend. Wir lernen immer mehr Ellenbogen zu beweisen und sich gegen andere durchzusetzen. Solidarität, Freundschaften, körperliche und geistige Gesundheit bleiben auf der Strecke. Lösen lässt sich dies zu allererst durch eine solide Ausfinanzierung des Bildungssektors – von der Grundschule bis zur Universität. Die soziale Herkunft, die Finanzen des Elternhauses und die Wahl des Studienortes dürfen nicht die gesamte Zukunft eines Menschen bestimmen. ★

Chris Ott studiert in Leipzig Anglistik und überlegt schon mal, den Taxischein zu machen.

ANZEIGE

nd DIE WOCHE

Was Wissen Macht

Sozial-, Natur- und fröhliche Wissenschaft, wöchentlich auf acht Seiten unter dem Mikroskop.

Kombi-Mini-Abo

4 Wochen testen für nur 9,90 Euro

— **Digital täglich lesen:** im Web, als nd-App oder E-Paper

— **Gedruckt:** jeden Samstag nd.DieWoche in ihrem Briefkasten

Jetzt bestellen:

http://dasND.de/kombiminiabo

Telefon: (030) 2978-1800

Abo endet automatisch

Die Todeslisten der Sonderlinge

Immer mehr „Prepper“ bereiten sich auf den Untergang von Staat und Gesellschaft, den „Tag X“, vor. Was skurril klingt, ist manchmal brandgefährlich. Von Alexander Hummel.

Viele Prepper horten nicht nur massenhaft Schusswaffen und scharfe Munition für den Tag X, sondern führen auch Listen ihrer Opfer.

Der Berliner Sachbearbeiter Andi (Name geändert) sitzt mit seinem vor kurzem selbstgeschnitzten Holzspeer im Brandenburger Wald auf einem Baum und wartet. Er wartet, dass Wildtiere unter ihm vorbeiziehen. Seinen Speer will er dann mit Wucht auf ein Tier herabsausen lassen, es anschließend häuten, ausnehmen und über offenem Feuer braten. Zumindest ist dies der Plan für die Zeit nach dem Tag X, wofür Andi dieses Wochenende trainiert.

Andi ist Prepper. Der Begriff leitet sich ab vom englischen *prepare*. Prepper sind Menschen, die sich in ihrer Freizeit für Not- und Extremsituationen rüsten. Manche horten dafür Nahrung und bauen sich Bunker, andere bereiten Fluchtfahrzeuge vor; viele trainieren das Überleben in Wäldern fernab der Zivilisation – so auch Andi, der unter der Woche im Büro Verwaltungseingaben bearbeitet und bei seinen Kolleg*innen, u.a. weil er einen guten Kaffee kocht, sehr beliebt ist. Dieses Wochenende übt Andi mit 20 anderen Männern bei einem Überlebensseminar für den Tag X – so nennen Prepper den Tag des Zusammenbruchs der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, auf den sie sich vorbereiten.

Andi glaubt, dass wenn die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinanderdriftet, Konflikte ausbrechen werden. Es ist sein persönliches Szenario für den Tag X, von denen es in der Szene etliche gibt. Sie reichen von Naturkatastrophen und wochenlangen Stromausfällen, über den nuklearen Super-GAU bis hin zu Kriegen und Terrorismus. Immer mehr Menschen bereiten sich darauf vor.

Auch Rechtsradikale darunter

Eine 30-köpfige rechtsradikale Prepper-Gruppe, die vor zwei Jahren bekannt wurde, nennt sich „Nordkreuz“. Ihr Szenario für den Tag X ist die Ankunft von hunderttausenden Geflüchteten in Deutschland, wie es im Jahr 2015 geschah. Für diesen Fall haben sie Waffen und Munition gehortet, 200 Leichensäcke bestellt und eine Todesliste angelegt. Den Tag betrachten sie als Chance unliebsame Politiker*innen zu ermorden. Nicht nur Bürgermeister und große Namen stehen auf ihrer Liste, auch einfache Stadträte, Journalist*innen und im AStA Rostock engagierte Studis. Derartige Prepper sind in der Szene eine sehr kleine Minderheit und werden Doomer genannt. Sie bereiten sich nicht nur auf den Tag X vor, sondern fiebern ihm entgegen.

Der Verfassungsschutz beobachtet „Nordkreuz“ seit 2016. Seit zwei Jahren tagt in Schwerin eine Prepper-Kommission eingerichtet durch Landesinnenminister Lorenz Caffier (CDU). Diesen Sommer sollte ein Zwischenbericht der Kommission erscheinen, doch der lässt auf sich warten.

Die Gruppe „Nordkreuz“ ist mit ähnlichen Gruppen, die sich „Süd-, West- und Ostkreuz“ nennen, vernetzt. Auch bestehen enge Kontakte zum rechtsradikalen „Hannibal-Netzwerk“ in der Bundeswehr. Die Todesliste mit Namen und Adressen wurde über Dienstcomputer der Polizei recherchiert. Neben gewöhnlichen Polizisten sind auch ein SEK- und LKA-Beamter sowie Bundeswehrsoldaten bei „Nordkreuz“. Die meisten Mitglieder sind Bundeswehrreservisten. Derweil möchte das Bundeskriminalamt die Todesliste mit 25.000 Namen weder veröffentlichen noch alle Personen darauf warnen. Stattdessen wird beschwichtigt. Für den Staat wäre es ein Leichtes gegen rechtsradikale Prepper vorzugehen. Nordkreuz ließe sich verbieten, die Mitglieder könnten wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verhaftet und ihre Waffen beschlagnahmt werden. Doch er tut es nicht. ★

Alexander Hummel promoviert über Repression und Öffentlichkeit. Er kann sich den Untergang des Kapitalismus eher vorstellen als den Tag X.

ANZEIGE

NEU!

Alex Demirović
Susanne Lettow
Andrea Maihofer (Hrsg.)
Emanzipation
Zur Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs
im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung
2019 – 233 S. – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-282-4

Alex Demirović (Hrsg.)
Wirtschaftsdemokratie neu denken
2018 – 341 S. – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-283-1

Verlag Westfälisches Dampfboot

Christine Resch
Thomas Wagner (Hrsg.)
Migration als soziale Praxis: Kämpfe um Autonomie und repressive Erfahrungen
2019 – 258 S. – ca. 30,00 €
ISBN 978-3-89691-269-5

www.dampfboot-verlag.de

Till Westermayer (CC BY-SA 2.0)

Seebrücke statt Seehofer

Tagtäglich werden Menschen dafür kriminalisiert, dass sie sich in Gefahr begeben und in Seenot geratene Menschen retten. Das ist grundfalsch, meint **Leon Brülke**.

Während Güter weltweit über Meere, Flüsse und Ländergrenzen hinweg - ohne Probleme und unter Schutz von Staatsverträgen und Militär - transportiert werden, sterben täglich Menschen im Mittelmeer. Sie flüchten aufgrund von Krieg, politischer Verfolgung oder einfach nur, weil unsere Wirtschaftsweise ihre Lebensgrundlagen zerstört. Laut UNHCR, dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, ertranken 2019 bereits über 600 Menschen im Mittelmeer, wobei die Dunkelziffer noch deutlich höher sein dürfte. Somit bleibt das Mittelmeer auch im Jahr 2019 die tödlichste Grenze der Welt. Direkt vor der Haustür der EU, der Friedensnobelpreisträgerin 2012, sterben massenhaft Menschen und die Staaten Europas schauen seit mehr als vier Jahren zu. Was für die Menschen innerhalb der EU Sommer, Sonne, Sonnenschein bedeutet, bedeutet für die Menschen außerhalb regelmäßig den Tod. Diese zwei Realitäten liegen keine 400 Kilometer entfernt voneinander.

Festung Europa

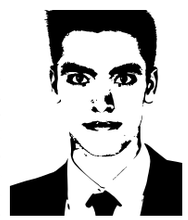
Die Pflicht, Menschen aus Seenot zu retten, ist ein Völkergewohnheitsrecht und im Seerecht eindeutig festgeschrieben. Doch die Staaten der EU weigern sich diese Pflicht wahrzunehmen und kriminalisieren auch noch diejenigen Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich an Recht und Gesetz halten. Anstatt ein staatliches Seenotrettungsprogramm zu betreiben, fördert die EU das Bürgerkriegsland Libyen mit Summen im dreistelligen Millionenbereich und Know-How; Italien sogar mit zwölf Schiffen. Die Devise der Europäischen Union lautet Schutz der Grenzen vor Menschen statt Schutz der Menschen. Frontex, die europäische Grenzschutzagentur, wurde in den letzten Jahren massiv ausgebaut, die mittlerweile ausgelaufenen Seemissionen Sophia und Triton hatten primär Schmuggel- und Schlepperbekämpfung zum Ziel. Menschen wurden während dieser Missionen eher rein zufällig gerettet. Die Staaten der EU weigern sich offensichtlich zu retten und lassen Menschen lieber ertrinken. In Hinblick auf einen Verteilungsschlüssel innerhalb der EU-Staaten gibt es seit Jahren politischer Stillstand.
Die europäische Union bietet nur etwa 2,3 Millionen von weltweit 70 Millionen Geflüchteten Schutz. Dabei macht sich die deutsche Regierung die Hände genauso blutig wie Italien, Malta oder Griechenland. Bereits 2010 baten Italien und Griechenland Deutschland um Hilfe bei der Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen. Deutschland verweigerte mit Verweis auf die geltenden Dublin-Verordnungen diese Hilfe und lies die Mittelmeer-Anrainer-Staaten im Regen stehen. Die Dublin-Verordnungen regeln, dass Menschen in dem EU-Land Asyl beantragen müssen, welches sie zuerst betreten. Das ist natürlich vor allem für die Staaten praktisch, die keine EU-Außengrenzen haben. Für Deutschland bedeutet dies, dass nur über die Nordsee legal eingereist werden kann, um Asyl zu beantragen.

Poker mit Menschenleben

Die Situation auf dem Mittelmeer ist aktuell für die Seenotretter*innen schwierig und mühselig. Italien und Malta verwehren regelmäßig die Einfahrt in ihre Häfen und pokern mit dem Leben der auf hoher See geretteten Menschen im Kampf um Verantwortlichkeiten innerhalb der EU. Die Anfahrt der Schiffe in sichere Häfen wird in der Regel nur dann gebilligt, nachdem sich eine Allianz der Freiwilligen gefunden hat. Hierfür brauchen die Staaten der EU gut und gerne mal zwei Wochen, währenddessen sich die Lage auf den Rettungsschiffen, die nicht dazu ausgelegt sind, viele Menschen auf längerer Zeit unterzubringen, mit jedem Tag zuspitzt. Die geretteten Menschen schlafen in Container, auf dem Boden, haben kaum Platz und sind verzweifelt. Depressionen, Stress und Suizidgedanken verleiten die Menschen dazu, den Versuch zu wagen von den Schiffen der Seenotretter*innen, falls sie in Küstennähe sind, zu springen und an das europäische Festland zu schwimmen. Würde das mit EU-Bürger*innen geschehen, wäre der Medienaufschrei groß! Dürfen die Seenotretter*innen die Menschen an Land bringen, werden die Schiffe in der Regel beschlagnahmt und müssen über den Rechtsweg wieder freigeklagt werden. Währenddessen sterben weiterhin Menschen im Mittelmeer aufgrund der Politik der sogenannten Mitte.

Sichere Häfen in Deutschland

Viele zivile Seenotrettungsorganisationen kommen aus Deutschland. Hier versucht die Seebrücke, eine Bewegung, die in Solidarität mit den zivilen Seenotretter*innen steht, seit 2018 die politischen Rahmenbedingungen von unten zu verändern. Mit Demonstrationen, Aktionen und Druck auf die Kommunen, Bundesländer und Bundesregierung wirkt die Seebrücke Stück für Stück dem gesellschaftlichen Rechtsruck in der Asylpolitik entgegen. Mittlerweile haben sich über 90 Kommunen zu sicheren Häfen für in Seenot gerettete Menschen ernannt und bieten dem Innenministerium an, diese in ihren Städten aufzunehmen. Für die Städte, die bereits sichere Häfen sind, stellt sich nun die Frage, wie aus der Absichtserklärung tatsächliche Politik wird. Asylpolitik ist Bundesangelegenheit und somit unter Kontrolle des nach rechts schielenden Innenministers Horst Seehofer. Der nächste Schritt muss es nun sein, die Bundesregierung, insbesondere das Innenministerium unter Druck zu setzen, da Kommunen nicht nur in der Asylpolitik von den Entscheidungen in Berlin abhängig sind, sondern auch im sozialen Wohnungsbau und bei der Aufnahme von Krediten. Es sind logischerweise auf lange Sicht nötig die Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum, Klimagerechtigkeit und die Aufnahme von in Seenot geretteten Menschen zusammenzuführen, um nicht Menschen innerhalb der Städte gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam mit allen in den Städten ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. ★



Leon Brülke, 22, studiert an der Uni Mannheim Politikwissenschaften mit VWL und ist froh, wenn er endlich seinen Bachelor in der Tasche hat.

Schwierige Lage

Die Linke im Iran ist seit vielen Jahren starken Repressionen ausgesetzt. Doch nicht nur das Regime Irans, sondern auch die US-Regierung unterdrückt progressive Bewegungen. Eine Einordnung von Haleh Sahabi.

(CC BY 2.0) Hamed Saber

Repressionen gegen linke Aktivisten sind im Iran an der Tagesordnung.

Außer Israel und Saudi-Arabien werden alle Länder im Nahen und Mittleren Osten aus westlicher Sicht undifferenziert als eins wahrgenommen. Es wird über sie eine fremdbestimmte Wahrheit propagiert und ausschließlich über ihren Kopf hinweg entschieden. So auch über den Iran, wo Proteste von Studierenden, Arbeiter*innen und Bevölkerung von innen und außen nicht anerkannt werden. Der sozio-politische Kontext wird durch einseitige Medienberichte verzerrt dargestellt. Dabei sind linke Iraner*innen permanent mit drei Gegenkräften konfrontiert.

Erstens das islamisch-ideologische Regime als ein menschenverachtendes System mit eigenem Kapitalismus. Zweitens die Einschüchterung des Iran durch den Westen und seine Alliierten. Ihretwegen muss sich die iranische Linke für die Erhaltung des Friedens sowie territorialer Integrität und Autonomie des Landes hinter den eigenen zynischen Staat stellen. Drittens die im In- und Ausland lebenden Neoliberalen und Monarchisten, die ihr Heil in den USA oder im Sohn des letzten persischen Schahs sehen. Sie wollen das Regime von Außen stürzen. Der iranische Staat bedient sich einer zerstrittenen Gesellschaft, indem systemtreue Bürger*innen für die Ideologie des politischen Islam aggressiv gegen Frauen und säkulare Bürger*innen vorgehen. So werden fortschrittliche Kräfte und ihre zivilen Proteste für ein würdiges Leben unterdrückt.

Vierzig Jahre Isolation

In Iran herrscht seit 1979 eine autoritäre Theokratie mit wenigen demokratischen Elementen. Die Revolution, die sich gegen den US-abhängigen Monarchen, die westliche Einmischung und die Armut richtete, wurde von schiitischen Hardlinern übernommen und in ihrem Sinne totalisiert. Gewaltenteilung, Wahlen und Verfassung existieren zwar, aber das System versagt Rechtsstaat, Gerechtigkeit und Freiheit - wegen Korruption und des Vetorechts des elitären Klerus - zu gewährleisten. Die jungen Iraner*innen wehren sich gegen die reaktionäre Politik, die in den letzten vierzig Jahren Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, hohe Inflation, Zensur und Unterdrückung erzeugt hat. Jedoch fehlen ihnen wegen der Überwachung unabhängige demokratische Parteien und autonome Netzwerke, damit sie eine politische Synthese prägen, sich zu einem Ausgangspunkt mobilisieren und gegenseitig solidarisieren können. Die einzige vom Regime bewahrte revolutionäre Idee ist die Unabhängigkeit von den USA und anderen Imperialisten sowie die Solidarität mit jedem Volk, das gegen die imperialistische Weltmacht kämpft. Obwohl Irans Haltung nichts mit linken Wertvorstellungen zu tun hat, ist die Außenpolitik verständlich.

Die völkerrechtswidrigen Wirtschaftssanktionen der USA, multilateral aufgezwungen, schaden direkt den Bürger*innen. Irans Wirtschaft scheitert dabei, seiner Bevölkerung ein würdiges Leben zu bieten,doch der Machtapparat überdauert auf Kosten der Gesellschaft. Die ersten Sanktionen wurden während der Irakischen Invasion in den 1980ern von US-Präsident Reagan verhängt, um der jungen Revolution durch eine Waffenexportsperre und eine Importsperre den Boden unter den Füßen zu entziehen. Seitdem ist Iran durch internationale Isolation in vielen Bereichen wie der Rüstungsindustrie fast autark geworden. Die Sanktionen haben sogar ein korruptes Geschäft für systemtreue Kapitalisten geschaffen, die aus der Not der anderen ein Monopol auf Mangelware und ausländische Marken errungen haben und zum vielfachen Preis verkaufen.

Repression und Austerität

Die iranische Gesellschaft kann kaum nach Emanzipation streben, solange die Menschen unentwegt ums bloße Überleben kämpfen müssen. Kultur und Kunst werden zensiert. Freie Informationszirkulation wird durch Zugangssperrung zum Internet und Inhaltsfilterung behindert. Mit dem staatlichen Rundfunkmonopol bleibt wenig Auswahl für den Teil der Bevölkerung, die kaum politische Nüchternheit haben. Die Blockade wird teils mit VPN umgegangen, jedoch bedroht der Staat jene, die politische Inhalte produzieren.

Journalist*innen, Menschenrechtler*innen und Umweltschützer*innen werden willkürlich festgenommen und in Schauprozessen zu brutalen Strafen verurteilt. Ein internationales Solidaritätsnetzwerk ist schwer aufzubauen, da der Kontakt mit einheimischen Aktivist*innen überwacht und unterbrochen wird. Die beste Möglichkeit für internationale Solidarität mit iranischen Aktivist*innen ist der Kampf für das Ende der Sanktionen und Kriegsdrohungen. Dann kann das Land aus dem Notzustand herauskommen und die Aktivist*innen haben endlich eine Chance, ihren eigenen Weg zur Selbstbestimmung zu gehen. ★

Haleh Sahabi kommt aus Teheran, studiert Geisteswissenschaften, ist im SDS und überall, wo sie es nötig findet.

ANZEIGE

Zeitung gegen Dummheit, Lüge und Hass

Bestellungen unter:
jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55-84

3 Wochen gratis testen*

* kostenlos, unverbindlich, muss nicht abbestellt werden

Politik und Korruption in Frankreich

Politische Krisen und Skandale werden allzu oft nur oberflächlich kritisiert. Wie **Sebastian Chwala** am Beispiel Frankreich erklärt, stecken dahinter die Machtinteressen der Herrschenden.

Die Franzosen haben die Schauze voll von ihren korrupten Eliten.

„Die politische Klasse ist korrupt". Dieser Vorwurf ist in Frankreich so alt wie die Republik, die 1875 etabliert wurde. Bereits 1892 waren mehr als 100 Abgeordnete der Nationalversammlung in einen Bestechungsskandal rund um den Bau des Panamakanals verwickelt. Sie waren vom ausführenden französischen Unternehmen bestochen worden, um massive Kostensteigerungen zu verschleiern. Die Folge war bereits damals ein Anstieg antiparlamentarischer und rechtsnationalistischer Bewegungen und zunehmende Wahlenthaltung.

Neoliberale und Ultranationalisten

Dass die herrschende Politik korrumpiert ist, wird von der Mehrheit der Französ*innen heutzutage nicht in Frage gestellt. Mehr als die Hälfte der Menschen und fast zwei Drittel der Unterklasse bekräftigten dies in jüngsten Umfragen. Man kann es den Menschen nicht verübeln. Die zahlreichen Affären im Land von Ex-Präsidenten, Spitzenpolitiker*innen und deren Umfeld, machen es schwer, Vertrauen in die Strukturen der „5. Republik" zu entwickeln.

Vor Kurzem musste der Parlamentspräsident François de Rugy von seinem Amt zurücktreten, da er auf Kosten der Steuerzahler*innen fürstliche Privatparties mit teuerstem Wein aus dem Keller der Nationalversammlung und bestem Essen in seinem Amtssitz gefeiert hatte. Zudem hatte er sich noch widerrechtlich eine Sozialwohnung zuteilen lassen. Besonders Rechtspopulisten und Rechtsradikale, allen voran Marine Le Pen, Kandidatin bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen, werden nicht müde, das verrottete politische System anzuklagen. Sie versprechen, im Falle eines Wahlsieges die ganze Politelite des Landes radikal auszutauschen. Auch der aktuelle Präsident Macron versuchte sich in seiner Wahlkampagne als Außenseiter darzustellen, der fern des politischen Apparats stünde.

Doch weder der wirtschaftsliberale Macron noch die rechtspopulistische Le Pen sprachen jemals über die eigentlichen Ursachen der Selbstbedienungsmentalität französischer Politiker*innen, nämlich die absolute Dominanz einer kleinen, großbürgerlichen Elite in den Spitzenfunktionen von Staat und Wirtschaft. Selbst Marine Le Pen, die vermeintliche Kämpferin gegen das Establishment, ist Multimillionärin – ihre Familie erbte in den 70ern ein Vermögen. Und Staatspräsident Macron wurde als Investmentbanker äußerst wohlhabend.

Auch die Umfragen, welche den Politiker*innen unterstellen, vor allem in die eigene Tasche zu wirtschaften, machen bei genauerer Betrachtung deutlich, dass das Unbehagen der Menschen gegenüber der Politik weit über die Sorge vor Bestechlichkeit hinausgeht. Die Angst besteht vielmehr darin, dass die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch private Bereicherung bedroht ist. Die Stärkung der Finanzmärkte samt Privatisierung und Deregulierung, sowohl durch die bürgerliche UMP als auch die sozialdemokratische PS, wird als Stärkung einer unmoralischen und illegitimen Wirtschaftsstruktur betrachtet;.- im Gegensatz zu einer nationalen, auf Güterproduktion aufbauenden Realökonomie, die Zustimmung findet. In dieser Hinsicht wurde den dominierenden Parteien von „rechts" und „links" unterstellt aufgrund des betriebenen Ausverkaufs Frankreichs korrumpierbar zu sein. Dies erklärt auch ihren Zusammenbruch bei und im Nachgang der letzten Präsidentschaftswahlen, sowie den Wahlsieg Macrons.

Die „politische Klasse" ist die herrschende Klasse

Freilich blieben die alten ökonomischen Eliten, die sich durch Abschlüsse an den Elitehochschulen auch noch als legitime „Leistungselite" bezeichnen, auch nach Macrons Wahlsieg im Amt. Die Fokussierung auf die Kritik einer vermeintlichen „politischen Klasse" greift daher zu kurz. Denn so betreiben die Spitzenpolitiker*innen auf Grund ihrer Klassenzugehörigkeit Politik für die Elite. Besonders Macrons Politik, die sich durch Steuerentlastung für das Großbürgertum und Sozialabbau für die breite Masse auszeichnet, macht dies deutlich. Die Einschränkung der Rechte des Parlaments, wie er sie fordert oder eine weitere Stärkung der Machtfülle des Präsidenten, wie sie die radikale Rechte gerne hätte, können nicht davon ablenken, dass die strukturelle Vorherrschaft des Besitzbürgertums in Frankreich und sein ökonomisches Interesse an allen Fronten maximale Rendite zu erzielen, für die Krise der staatlichen Strukturen verantwortlich ist. Nur eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft wird diese Kräfteverhältnisse wieder zu Gunsten der Mehrheit verschieben und strukturellen Missbrauch öffentlicher Ämter einschränken können. ★

Sebastian Chwala ist Politikwissenschaftler und promoviert aktuell in Marburg. Er will nicht einsehen, dass der Ansehensverlust der etablierten Politiker*innen, von Rassist*innen für ihre menschenfeindlichen Parolen ausgenutzt wird.

Frischer Wind aus der Pflege

Konflikte am Arbeitsplatz erobern die Schlagzeilen. Hinter den Kulissen der „Streikrepublik Deutschland“ stehen oft Frauen. Von **Katharina Stierl**.

Eigentlich ist es verrückt. Der Großteil meiner Kommiliton*innen wird bald einen Job haben oder arbeitet bereits seit Beginn des Studiums. Sie alle werden einen Chef haben - manchmal wohl auch eine Chefin. Sie alle werden früher oder später in Konflikte mit diesem geraten. Über den Lohn, die Arbeitsbedingungen oder den Urlaub. Wenig ist „normaler“ in unserer Gesellschaft als Konflikte am Arbeitsplatz. Und trotzdem sind die Meisten nicht in Gewerkschaften organisiert.

Die Bedingungen sind katastrophal

Obwohl es auf dem Papier schnell einleuchtet, dass man sich gemeinsam besser für seine Interessen einsetzen kann als allein, sieht das in der Realität häufig anders aus. So auch im Krankenhaus: „Wir dürfen gar nicht streiken“, sagen einige. „Die Gewerkschaft hab ich hier noch nie gesehen“, oder „Das bringt doch eh nichts“, sagen andere. Und tatsächlich waren Krankenpflege und Gewerkschaft lange Zeit Begriffe, die man selten zusammen las. Die Gewerkschaft - in der Pflege ist das in erster Linie ver.di - war und ist in vielen Krankenhäusern nicht präsent. Auf Konflikte und schlechte Bedingungen reagieren viele Kolleg*innen deshalb individuell: Arbeitsplatz wechseln, Umschulung, Kündigung. So auch ich. Nach einer Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin, war es mir nach zwei weiteren Jahren genug: Dauerstress durch Personalmangel, unterbesetze Nachtschichten, Einspringen trotz Urlaub, Arbeiten trotz Krankheit - darauf hatte ich keine Lust mehr.

Gemeinsam für ein besseres Leben

Seit einigen Jahren müssen Krankenhäuser Gewinn erwirtschaften. Im Vordergrund steht nicht mehr die Gesundheit, sondern der Profit. Das dahinterstehende System hat drastische Folgen für die Qualität der Behandlung, aber vor allem für die Arbeitsbedingungen. Denn am Pflegepersonal wird als Erstes gespart. Auch wenn dies mittlerweile schon in Talkshows diskutiert wird - geändert hat sich nichts. Das heißt: fast nichts. Denn in zahlreichen Häusern regte sich in den letzten Jahren Protest, zum Beispiel in der Charité in Berlin, im Uniklinikum Augsburg, in Düsseldorf oder Jena. Viele Pfleger*innen haben genug und organisieren sich, auch weil ver.di angefangen hat die Strategie zu ändern: Konflikt suchen statt Abwarten, demokratische Verhandlungen statt Klüngelei mit der Leitung. Als ehemalige Pflegerin habe ich versucht die Kolleg*innen zu unterstützen und eine Gewerkschaftskampagne im Saarland begleitet. Unsere Botschaft: Organisier Dich und hab Einfluss auf die Zukunft. Das Ziel der Kampagne war die Beschäftigten in ihrem Kampf zu stärken, sodass sie Veränderungen selbst durchsetzen. In einigen Häusern brachte sich eine Mehrheit der Kolleg*innen aktiv ein, legte ganze Stationen lahm und erkämpfte Verbesserungen, etwa einen Personalschlüssel, der garantiert, dass keine Nachtschicht mehr alleine gemacht wird.

Gewerkschaften sind aus der Idee gewachsen, dass man im täglichen Konflikt zwischen den Profitinteressen und den Bedürfnissen der Beschäftigten am besten gemeinsam bestehen kann. Mit vielen Leuten und viel Mut haben sich Kolleg*innen bundesweit organisiert und so auch die Gewerkschaft aufgemischt. Fortsetzung folgt. Im Krankenhaus und hoffentlich darüber hinaus. Vielleicht auch da, wo meine Kommiliton*innen arbeiten, denn Veränderung beginnt bei einem selbst, zum Beispiel mit dem Eintritt in die Gewerkschaft. ★

Katharina Stierl studiert nach 5 Jahren als Gesundheits- und Krankenpflegerin in einer Uniklinik mittlerweile Geschichte in Leipzig und ist dort beim SDS aktiv.

Geburtsschmerz

Trotz steigender Geburtenzahlen wird ein Kreißsaal nach dem anderen geschlossen. Es fehlt an Hebammen. Tabea wollte wissen, warum das so ist, und hat sich darum auf den Weg nach Hamburg gemacht.

Illustration: Pia Chwalczyk

Julia ist 26 Jahre alt und arbeitet als Hebamme in Hamburg. Heute ist ihr letzter Urlaubstag, ab Montag geht es wieder los. Obwohl sie ihren Beruf liebt, merke ich ihr an, dass bei dem Gedanken daran nicht nur Freude aufkommt. Als sie 2013 ihre Ausbildung begann, gab es noch deutlich mehr Bewerberinnen als Ausbildungsplätze. Inzwischen sieht es ganz anders aus – und dass die Ausbildung unter den gegenwärtigen Bedingungen niemand mehr machen will, wundert Julia kein bisschen.

Alles neu macht der B.Sc.?

Im Mai dieses Jahres wurde vom Bundeskabinett eine Reform der Hebammenausbildung beschlossen: die Ausbildung soll zukünftig ausschließlich als duales Studium stattfinden. Ich frage Julia, was sie von der Akademisierung der Ausbildung hält. Sie ist der Meinung, dass eine wissenschaftlichere Ausrichtung zur Verbesserung der Lehre auf jeden Fall sinnvoll wäre, zumal dies vielleicht sogar die verkrusteten Hierarchien zwischen Hebammen und Ärztinnen aufbrechen könnte. Allerdings sei es offensichtlich, dass es in erster Linie darum gehe, dem Beruf einen moderneren Anstrich zu verpassen, um ihn wieder attraktiver zu machen.
Aber ob sich allein durch neue Abschlüsse an den miesen Berufsbedingungen etwas ändert, ist fraglich. Ein akademischer Abschluss schützt heute nicht automatisch vor prekären Lebensverhältnissen – erst recht nicht in den Städten, in denen der Mangel an Hebammen besonders groß ist: München, Berlin, Frankfurt, Hamburg... Die Liste ist lang.

Der Druck steigt

Weil aus Kostengründen zunehmend Kreißsäle in kleineren Städten und Gemeinden geschlossen werden, wird die Zentralisierung in den Großstädten weiter zunehmen, sich das Problem also weiter verschärfen. Schließlich werden nicht automatisch mehr Hebammen eingestellt, bloß weil es mehr Bedarf gibt. Stattdessen steigt der Stress für diejenigen, die überhaupt noch bereit sind, im Kreißsaal zu arbeiten – laut dem Deutschen Hebammenverband sind das gegenwärtig gerade noch 50% der Hebammen in Deutschland. Woher kommt das?
Julia erzählt mir, dass das auch viel mit mangelnder Anerkennung zu tun hat – sowohl in der Gesellschaft als auch im Krankenhaus: „Junge Hebammen erleben während ihrer Ausbildung eigentlich alle das Gleiche: es gibt extreme Hierarchien und sie werden als billige Hilfskräfte wahrgenommen. An Kollegialität zwischen den Hebammen im Krankenhaus mangelt es stressbedingt oft total. Und dann wundern sich immer alle, dass die frisch ausgebildeten Hebammen nicht mehr im Kreißsaal arbeiten wollen wegen der Erfahrungen, die sie dort gemacht haben."

Das Hauptproblem heißt Fallpauschale

Vor allem geht es aber darum, dass vorhandene Gelder völlig falsch eingesetzt werden. Statt mehr Stellen zu schaffen und diese auch angemessen zu bezahlen, setzen die Geschäftsführungen der Klinik-Konzerne lieber auf schnieke Hightech-Ausstattung, um Patient*innen anzulocken. Geburten werden von den Kassen jedoch nicht nach spezifischem Aufwand bezahlt, sondern mit so genannten Fallpauschalen. Diese bleiben gleich – ganz egal, ob eine Geburt fünf Stunden dauert oder fünfzehn. Um Kosten zu sparen, haben Kliniken ein großes Interesse daran Entbindungen möglichst schnell durchzuführen. Das wiederum hat die Kaiserschnittrate in Deutschland enorm in die Höhe getrieben: mit gut 30% liegt sie deutlich über den 10%, die die WHO als medizinisch notwendig angibt.
Da ist es kein Wunder, dass viele Hebammen unter diesen Bedingungen nicht weiterarbeiten wollen, sich entweder selbstständig machen oder ihren Beruf komplett aufgeben. Die Selbstständigkeit hat neben Vorteilen wie flexibleren Arbeitszeiten, mehr Zeit für die Patient*innen und bessere Verdienstmöglichkeiten jedoch so einige Tücken: Krankheit bedeutet Verdienstausfall. Und die mittlerweile horrenden Haftpflichtprämien muss die Hebamme seit 2015 zwar nicht mehr selbst aufbringen, aber zumindest vorstrecken. Das allein kann existenzbedrohend sein: seit 2002 haben sich die Prämien für Hebammen, die Geburtshilfe leisten, mehr als verzehnfacht – aktuell liegen sie bei über 8000€ jährlich. Leisten kann sich das eigentlich nur, wer anderweitig abgesichert ist oder bereit ist, massenhaft 12-Stunden-Schichten zu übernehmen.
Aber die Probleme sind nicht plötzlich dagewesen, sondern über lange Zeit hinweg gewachsen. Unterbezahlung, massiver Personalmangel, Überstunden sind insbesondere im Krankenhaus nichts Neues. Warum hört man also so wenig davon, wenn man nicht selbst vom Hebammenmangel betroffen ist?

Gesellschaft ohne Bewusstsein

"Wie wichtig eine Hebamme ist, ist den meisten eigentlich nur während der Schwangerschaft und im Wochenbett klar", erklärt mir Julia. Danach verschwinde man irgendwie wieder aus dem Bewusstsein. Die meisten Leute unterschätzen auch, wie anstrengend der Beruf ist - sowohl körperlich als auch emotional. Ständige Erreichbarkeit wird als Selbstverständlichkeit angenommen.
Einen Teil des Problems sieht Julia auch beim Selbstverständnis der Hebammen. Gerade die älteren sagen: Unser Beruf ist eine Berufung, wir sind die Wegbereiterinnen des Lebens – dafür wird auch ein Burnout in Kauf genommen. Dieses Selbstbild hat über Jahrzehnte dazu beigetragen, dass die Arbeitsbedingungen sich teilweise widerstandslos verschlechtern konnten. Streik ist für viele Hebammen oft auch ein moralisches Dilemma, weil sie das Gefühl haben, dass sie damit die werdenden Mütter im Stich lassen. Aber es findet gerade ein Generationenwechsel statt: die jüngeren Hebammen sind nicht mehr dazu bereit, sich für den Job kaputt zu arbeiten. Allerdings weiß Julia auch: "Leider sind wir bisher eine massiv unorganisierte Berufsgruppe und es wird sich nur etwas ändern, wenn endlich der Großteil anfängt zu sagen: Nicht mit uns!" ★

Tabea Hartig studiert Germanistik und ist im SDS Leipzig aktiv. Unter den derzeitigen Bedingungen möchte sie sich lieber nicht vorstellen, wie es ist, ein Kind zu bekommen.

Die Legende vom unpolitischen Fußball

Millionen sind jedes Wochenende zum Abschalten im Stadion - fernab von den Problemen der Welt. Daraus wird aber vorerst nichts. Ein Kommentar von **Paul Georgi**.

In den deutschen Fankurven geht es um mehr als Fahnen und Bengalos.

„Bakery, Bakery, Bakery“ hallt es Anfang September durchs Volksparkstadion des Hamburger SV. Ein Verein und seine Fans stellen sich hinter den jungen Fußballer, der in den letzten Wochen immer wieder Mittelpunkt von Schlagzeilen war, die mit dem Sport an sich eigentlich gar nichts zu tun haben. Was ist geschehen?
Im Sommer 2019 veröffentlicht die Sport-BILD eine vermeintlich sensationelle Entdeckung: Der beim HSV spielende Bakery Jatta sei in Wirklichkeit der zweieinhalb Jahre ältere Bakary Daffeh und habe seine Identität und sein wahres Alter verschleiert, um in Deutschland als Minderjähriger eine Duldung zu erhalten. Es folgt eine unerträgliche Posse, in der Vereine wie der Karlsruher SC und der 1. FC Nürnberg unter Berufung auf die Springerpresse Protest gegen die Wertung ihrer Niederlagen gegen den HSV einlegen. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte ermittelt und stellt das Verfahren bald ein: Zweifel an der Richtigkeit der Angaben hätten sich nicht bestätigt. Bald darauf ziehen die Vereine ihre peinlichen Proteste zurück.

Das Problem heißt Rassismus

Für die Hamburger Kurve ist der Fall von Anfang an klar: „Ob SportBild, Tönnies oder Weidel - Das Problem: Rassismus“. Jatta wird in allen Partien demonstrativ beklatscht und nach Abpfiff gefeiert. Trotzdem würde wahrscheinlich in Hamburg wie auch in den meisten anderen Städten die Mehrheit der Stadiongänger*innen die These vertreten, dass Politik im Stadion nichts zu suchen hat. Wie passt das zusammen?
Spitzensport war historisch betrachtet schon immer eng mit Politik verwoben. Herrschende Politiker*innen wollen von faszinierenden und zuschauerwirksamen Massenphänomenen profitieren. Von den Olympischen Spielen der Antike bis hin zu den auf die Spitze getriebenen Wettkämpfen zwischen Athlet*innen aus Ost und West während des Kalten Krieges. Auch Besuche von Regierungschefs auf Tribünen und in Kabinen, wie von Angela Merkel bei der letzten Weltmeisterschaft, zeigen, dass sich daran nicht viel geändert hat.

Stress in der Fankurve

Aber nicht nur oben, auch unten in der Kurve steckt die Politik im Sport drin. Wie wollen wir zusammenleben, wer kann sich wo ohne Probleme bewegen und wer wird gesellschaftlich ausgegrenzt und diskriminiert? Solche Fragen machen vor den Stadiontoren nicht halt. Können sich Frauen, migrantisch gelesene Menschen oder Transpersonen in deutschen Fußballstadien frei und ohne Angst bewegen? Können sie sich überhaupt den Eintritt leisten? Definitiv nicht. Und da wird es kompliziert mit der Aussage, Politik habe im Stadion nichts zu suchen. Denn jene, die sich für ausgegrenzte und diskriminierte Personen einsetzen, indem sie zum Beispiel eine Antirassismus-Kampagne initiieren, bringen nicht die Politik ins Stadion. Die war ganz ungefragt vorher schon da. Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse auch im Stadion nicht von selbst verschwinden, stellt sich zwangsläufig die Frage nach dem Umgang damit. Was tun, wenn Geflüchtete ins Stadion wollen, aber Angst haben müssen, dumm angemacht oder körperlich angegriffen zu werden? Was tun, wenn Eintrittspreise für viele nicht mehr erschwinglich sind? Was tun, wenn der Schalker Aufsichtsratsvorsitzende Clemens Tönnies sich öffentlich in widerlichen rassistischen Äußerungen ergeht? Was tun, wenn die Sport-Bild Stimmung gegen Bakery Jatta macht?

Stillhalten? Sicher nicht.

Es gilt dann zu sagen: Refugees welcome! Fußball ist für alle da – unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Geldbeutel! Verzieht euch, Tönnies und Co., mit eurem plumpen Rassismus! Es gilt, hinter Spielern wie Bakery Jatta zu stehen und ihnen zu zeigen: Ihr gehört zu uns!
Das zu tun ist vielerorts leichter gesagt als getan. In Fußballstadien quer durch alle Ligen muss man sich vor rechten Schlägern in Acht nehmen. Es gibt Orte in Deutschland, an denen ziehst du nicht mal einfach eine Antirassismus-Initiative hoch und erntest dafür von allen Seiten Beifall. Aber es nützt ja nichts. Rund um das Massenphänomen professioneller Männerfußball sind politisch umkämpfte Räume entstanden, die tief in die Gesellschaft reichen und von denen wir uns nicht fernhalten dürfen. Wir müssen uns unsere Freund*innen schnappen, uns organisieren und dann überlegen, was am jeweiligen Ort zu tun ist. Die Hamburger Kurve im Fall Jatta und auch die Forderung der Ultras Gelsenkirchen, Clemens Tönnies die oftmals symbolisierte und angesprochene „Rote Karte“ zu zeigen“, machen deutlich, dass dies keinesfalls ein hoffnungsloses Unterfangen ist. ★

Paul Georgi
studiert Jura an der Uni Leipzig, macht Hochschulpolitik und vermisst Juan Roman Riquelme.

Kapitalismus-kritischer Rap?

Nach Jahrzehnten scheint der Rap endgültig einer Ökonomisierung ausgeliefert zu sein. Das hat auch Auswirkungen auf gesellschaftskritische Inhalte, sagt **Yusuf K.**

Hip-Hop ist mehr als nur Geld, Sex, Drogen und „ich ficke deine Mudda“-Lines.

Hip-Hop und Rap den ärmeren Bevölkerungsgruppen zuzuschreiben hat Tradition. Doch der Neoliberalismus hat im Deutschrap stark eingeschlagen. Wie Rapper im Geflecht von Bertelsmann (als früherer Zusammenschluss bei Sony BMG) Karriere machen und welche Inhalte zunehmend dominieren, sind spannende Forschungsfelder (Musiktipp: MC Pan – Die Gegendarstellung). Nicht zu verneinen ist die fortschreitende ideologische Ausbreitung des Neoliberalismus beim Großteil der Raplyrics. Wo Rap sich früher viel eher mit Klassenwidersprüchen, Armut und Ausschluss von sozialer Teilhabe auseinandergesetzt hat, bestimmen heute bei den meisten Chart-Künstler*innen andere Inhalte: Statussymbole, Drogenhandel als unternehmerische Leistung, eigene Shisha-Tabak-Marken, „Ich trag‘ nur noch Gucci“-Songs bis hin zu Künstlernamen wie „Capital Bra“. Obwohl solche Inhalte schon vorher existierten, findet man sie immer weniger eingebettet in einer Art Klassenbewusstsein, wo vorher Arm-Reich Konflikte deutlicher wurden (Tipp: „Animus – Malcolm X“ oder „Azad - Blind“). Dabei herrschte Klarheit über die gesellschaftliche Stellung, Abstammung aus Armenvierteln, sowie die Erkenntnis, dass die Schere zwischen Reich und Arm wächst, die Reichen dicke Limousinen fahren usw. Vor dem Neoliberalismus war die Sensibilität stärker geprägt dafür, wie Drogenkonsum und -verkauf, der Drang nach Wohlstandsteilhabe aus bitterer Armut resultieren, anstatt einem platten postmodernen Konsumgeist zu verfallen.

Veränderungen in der Musikproduktion

Dass die wöchentlichen Chartplatzierungen immer mehr von Rap dominiert werden, hat viel mit der Produktions- und Handelsweise dieser Kunst zu tun. Das Verschwinden von gesellschaftskritischen Texten geht einher mit den veränderten Lebensverhältnissen der meisten bekannten Rapper. Trotzdem sind die Veränderungen im Musikmarkt zentral, um die Ökonomisierung von Rap zu einem Kunstbetrieb zu verstehen – und die damit verbundenen Folgen für die Kunst selbst. Die Monopolstellung der großen Musikkonzerne Warner, Universal und Sony ist der Grund, dass erfolgreiche Musikkünstler*innen durch vorhandene Produktionsbeziehungen und Handelsverträge nicht ohne weiteres an ihnen vorbeikommen. Das hat auch seinen Charme: Hohe Gagen, professionelles Management, externe Vermarktung, hohe Vorschüsse usw. Das alles geht mit einer Beschleunigung der Produktion einher: Fristvorgaben in Verträgen für Projekte führen zur Reduzierung der Albenlänge, etwa von18 auf 12 Songs, gekürzten Songlängen etc. Neu sind auch die unsäglichen Musikboxen, wo neben der CD kleinere Give-Aways, T-Shirts in Übergrößen und sonstiger Müll mitverkauft werden. Oftmals zu einem hohen Preis (nie unter 40€), um die Musikumsätze in der ersten Woche des Erscheinens eines Albums in die Höhe zu treiben und einen höheren Chart-Platz zu ergattern. Auch der Wegfall von Free-EPs, Mixtapes oder Freetracks sind Auswüchse der Ökonomisierung. Kostenlose Musik beschränkt sich auf Singles, die einen Albumkauf nahelegen. Zudem entstand ein gigantischer Interview-Markt, wo Künstler*innen stundenlang über sich und andere reden, was nichts mit der Musik zu tun hat. Die Kunstfigur verselbstständigt sich häufig in den Interviews und entwickelt eigene Dynamiken abseits von Musik (Stichwort: „Bosstransformation“).

Wieso Rap trotzdem progressiv sein kann

Trotz veränderter Produktionsbedingungen im Musikbetrieb gibt es weiterhin Künstler*innen mit progressiven Inhalten. Allerdings darf man sich keine sozialistische Rapwelt herbeifantasieren, wo jede Person ein „Disarstar“ sein kann (Tipps: „Kein Glück“ oder „Kapitalismus“). Zu glauben, dass alle Künstler*innen die Systemfrage in ihren Texten stellen, ist auch etwas viel verlangt. Oftmals bewegen sich die Texte zwischen Zustandsbeschreibungen und orientierungsloser Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Die Kritik kann auch schnell nach zwei bis drei Verschwörungsvideos auf YouTube in einem ganz anderen Weltbild eingebettet werden. Dennoch werden die Friedensfrage und die soziale Frage immer wieder thematisiert, wenn auch ohne Klassenbegriff (z.B. Vega8Bosca - Alle Kameras an? Oder: Warheit – Hölle auf Erden). Oftmals ist das sogar klarer in der Aussage als sich politisch links verstehender Rap, der allzu häufig schnell ins pseudointellektuelle oder chauvinistische abrutscht – wenn etwa die Blockupy- oder Stuttgart 21-Proteste verunglimpft werden. ★

Yusuf K. studiert Politikwissenschaften und interessiert sich für die Auswirkungen von Ökonomisierungen im Rap.

Deutschland einig Autoland?

Wird das Auto zunehmend zum Relikt aus einer vergangenen Zeit? Ein Kommentar von **Dorian Tigges**.

Öffentliche Verkehrsmittel wie Busse und Bahnen können einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Seien es Dieselfahrverbote oder die Diskussionen um ticketfreien ÖPNV, es tut sich einiges in Autodeutschland. Obgleich das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium aktuell alles tut um Stellung und Profite der deutschen Autoindustrie auch in Zukunft sicherzustellen, ist gerade im Kontext der diesjährigen Klimaproteste vielen Menschen klar geworden, dass wir als Gesellschaft grundlegend neu über unser Verkehrswesen nachdenken müssen.

Was bisher geschah...

Seit Jahrzehnten hat die Politik voll auf den motorisierten Individualverkehr gesetzt: viele Bahnstrecken, insgesamt knapp 30.000 Kilometer, wurden geschlossen oder durch unattraktive Buslinien ersetzt. Die Folge: Vor allem auf dem Land nutzen immer weniger Menschen den Öffentlichen Verkehr. Mancherorts wurde er, bis auf gelegentliche Schulbusse, längst völlig eingestellt. Der allergrößte Teil der Bahnanschlüsse von Unternehmen wurden ebenfalls geschlossen. Die Folge: Ein immer weiter steigender Anteil des Gütertransports rollt über die Autobahnen, die, obwohl Deutschland schon heute über das dichteste Straßennetz der Welt verfügt, immer weiter ausgebaut werden. Während die Ticketpreise jedes Jahr deutlich steigen, sind Autofahrer nach wie vor ein Goldenes Kalb der Politik, das, etwa durch die Pendlerpauschale, gehegt und gepflegt wird.

Trotz all dieser Tatsachen steigen die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Verkehr aber heute wieder deutlich an. Die Fernzüge werden immer voller, sogar die vor wenigen Jahren totgesagten Nachtzüge erleben eine Renaissance. In den Städten haben immer weniger, gerade junge Menschen einen Führerschein, geschweige denn ein eigenes Auto. Das Auto verliert nach und nach seinen Stellenwert als Statusobjekt und erscheint zunehmend als Relikt aus einer vergangenen Zeit, in der das Auto einen Zugewinn an Lebensqualität und Mobilität versprach, was in den heutigen Städten kaum mehr der Fall ist. Anders verhält es sich wohlgemerkt auf dem Land, wo alle notwendigerweise auf das Auto angewiesen sind.

Neue Wege braucht das Land

Und trotzdem steigt weiterhin die Zahl zugelassener Autos auf neue Rekorde. Anfang 2019 wurde die gigantische Zahl von 64,8 Millionen erreicht, während der Anteil von Elektroautos sich weiterhin auf einem marginalen Niveau bewegt. Ebenso wächst auch die Zahl der LKWs, die täglich in Deutschland unterwegs sind. All das macht nicht nur den Autoverkehr wegen zunehmenden Staus unattraktiver, sondern ist auch Gift für das Klima.

Für einen zukunftsfesten und nachhaltigen Verkehr brauchen wir aber nicht nur weniger Autos, sondern einen grundlegenden Wandel unserer Mobilität. Denn Autos sind nicht nur klimaschädlicher als öffentliche Verkehrsmittel; sie sind schlichtweg viel ineffizienter. Können in einem herkömmlichen Stadtbus ca. 50 Personen oder in einer Straßenbahn 100 Personen problemlos Platz finden, nehmen mehrspurige Fahrbahnen oder gigantische Parkplätze, zudem noch einen nicht unwesentlichen Teil des öffentlichen Raums für sich in Anspruch. Besonders im städtischen Raum können wir uns dieses Maß an Individualverkehr langfristig nicht mehr leisten. Wir brauchen vielmehr Fortbewegungsformen, die nicht nur das Klima schonen, sondern allen Menschen, unabhängig davon, ob sie sich einen großen SUV leisten können, den gleichen Anteil am öffentlichen Raum bereitstellen, egal ob sie sich zu Fuß, per Fahrrad oder eben im ÖPNV bewegen.

Um das zu erreichen müssen wir nicht nur einen stark verdichteten und fahrscheinlosen, also nicht sozial diskriminierenden, ÖPNV einführen, sondern ebenso die Bedingungen für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger verbessern. Damit haben wir eine gute Möglichkeit, nicht nur die Lebensqualität für alle zu verbessern, sondern auch die Verpestung der Atmosphäre deutlich reduzieren. ★

Dorian Tigges studiert in Marburg Kunstgeschichte und pendelt regelmäßig mit dem Zug quer durch Deutschland. Einen Führerschein hat er nicht.

ANZEIGE

Dieser Marx ist käuflich!

Zur Unterstützung der »Marxistischen Blätter«
Größe: ein Meter
Material: Plaste
lieferbar in Signalrot oder Purpurrot
Preis: 350 Euro (inkl. MWSt)
Keine Versandkosten

Jetzt: 2 Hefte für den Preis von einem! www.neue-impulse-verlag.de

»Dieselgate«, Verkehrschaos, Klimakrise
Wege aus der Sackgasse
152 Seiten, 9,50 Euro
ISBN 978-3-96170-023-3

Arbeit versus Umwelt?
Marxismus und Ökologie
132 Seiten, 9,50 Euro
ISBN 978-3-96170-025-7

70 Jahre Grundgesetz
Verteidigung einer Ruine
148 Seiten, 9,50 Euro
ISBN 978-3-96170-026-4

NEUE IMPULSE VERLAG
Neue Impulse Verlag • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
www.neue-impulse-verlag.de • info@neue-impulse-verlag.de

Semestertermine

08. März 2020

Internationaler Frauen*kampftag

Seit über 100 Jahren demonstrieren im März weltweit Frauen* gegen patriarchale und kapitalistische Machtstrukturen und die damit verbundene soziale und gesellschaftliche Unterdrückung. Auch wir sind dabei, wenn es am 8. März auf die Straße geht um zu kämpfen: Für gerechte Löhne, für mehr Frauen* in der Wissenschaft, für die Anerkennung queerer Lebensweisen – Für einen sozialistischen Feminismus!

11. Januar 2020 | Berlin

XXV. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz

Die Tageszeitung Junge Welt lädt ein zur XXV. Rosa-Luxemburg-Konferenz. Gemeinsam mit anderen Aktiven wird über die aktuelle Lage, marxistische Theorie und Strategien zur gesellschaftlichen Veränderung diskutiert. Die Referent*innen kommen zum größten Teil aus dem Ausland - eine Gelegenheit, internationale Perspektiven auf linke Politik zu vertiefen. Im Zuge der Konferenz findet auch die Luxemburg-Liebknecht-Demo statt.

09. - 13. März 2020 | Frankfurt am Main

Marxistische Studienwoche

Vom 09. - 13.März 2020 findet in Frankfurt/Main die Marxistische Studienwoche der Heinz-Jung-Stiftung und der Z.Zeitschrift für marxistische Erneuerung statt. Anlässlich der Bewegungen des Jahres ist das Thema dieses mal: „Ökosozialismus & Naturverhältnisse“. Gerade in Zeiten der Klimakrise lohnt eine Beschäftigung mit diesen Themen um so mehr. Denn es ist klar, dass Umweltzerstörung und Kapitalismus unteilbar zusammenhängen.

DIELINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

dielinke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Der SDS steht der Partei DIE LINKE nahe und setzt sich für eine kämpferische und sozialistische LINKE ein. Wir verstehen uns als Teil einer breiten linken Bewegung.
dielinke.SDS streitet für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und sieht dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung.
In unserem Selbstverständnis heißt es: „Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“

LOKAL VERANKERT...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 60 Hochschulen. In den Hochschulgruppen findet ein großer Teil der politischen Arbeit statt:
Ob Lesekreise zu sozialistischer Literatur, Organisation politischer Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Unterstützung von Geflüchteten oder Anti-Nazi-Protesten: die Arbeitsbereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Wir haben das Frauen*kampftag-Bündnis mit initiiert und auch bei #unteilbar eine wichtige Rolle gespielt und beteiligen uns zurzeit stark bei „Students For Future“. Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der 68er-Bewegung organisierten wir 2018 einen großen Kongress, der mit vielen Veranstaltungen und einem spannenden thematischen Kulturprogramm die öffentliche Debatte um die Studierendenbewegung der 68er bereicherte.
Auf unserer jährlichen Sommerakademie diskutieren wir gemeinsam und bilden uns weiter. Darüber hinaus hat der SDS mehrere Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit Themen wie z.B. Feminismus, Hochschulpolitik oder Antirassismus auseinandersetzen.
Das Produkt eines dieser Arbeitskreise hältst du gerade in der Hand: die critica.
Derzeit gibt es folgende Bundesarbeitskreise (BAKs) im SDS:

- **BAK FEMINISMUS**
- **BAK HOCHSCHULPOLITIK**
- **BAK KLIMAGERECHTIGKEIT**
- **BAK ANTIRASSISMUS**
- **CRITICA-REDAKTION**

AKTIV WERDEN!

Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Support your local SDS!

SO ERREICHST DU UNS:
WWW.LINKE-SDS.ORG
INFO@LINKE-SDS.ORG
030/24009134

critica

Zeitung von dielinke.SDS
(Sozialistisch–Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 23 / 2019